Berlin.
Donnerstag, 27. August.

Abonnement f. Berlin: vierteljährlich 1 Thlr. 20 Sgr., für ganz Preußen 2 Thlr. 12½ Sgr.; für das übrige Deutschland 2 Thlr. 24½ Sgr.

(Abend-Ausgabe.)

National-Zeitung.

№ 398.
1857. — 10ter Jahrgang.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an; f. Berlin d. Exped. Rudenstr. 37.
Inserate: die Petitzeile 2 Sgr.

Inhalt.

Deutschland. Berlin: Berufung ins Herrenhaus. Frankfurt a. M.: Todesfall. Gotha: Konfessionelles. Rudolstadt: Militär-Requisition. Hamburg: die Senatspropositionen.
Oesterreichischer Kaiserstaat. Wien: Tagesbericht.
Frankreich. Paris: die türkische Verwickelung; Tagesbericht.
Großbritannien. London: Parlamentsverhandlungen; zur Vertagung des Parlaments; der Truppentransport über Aegypten; Lord J. Russell.
Spanien. Madrid: die spanischen Papiere.
Schweden und Norwegen. Stockholm: Personalien; aus Finnland. Christiania: aus dem Storthing.
Dänemark. Kopenhagen: Journalistisches; die Cholera in Glückstadt.
Asien. Kalkutta: die indische Revolution.
Berliner Nachrichten.

Deutschland.

* **Berlin**, 27. August. Die Familie v. d. Gröben-Langheim hat in Ausübung des ihr verliehenen Präsentationsrechts in Stelle des verstorbenen Landraths a. D. Otto v. d. Gröben auf Kallisen den Premier-Lieutenant a. D. und Majoratsbesitzer Grafen Arthur v. d. Gröben-Ponarien als Mitglied des Herrenhauses präsentirt. Der König hat, wie die „Pr. C." meldet, die getroffene Wahl bestätigt und den Grafen Arthur v. d. Gröben-Ponarien als Mitglied des Herrenhauses auf Lebenszeit berufen. Gleichzeitig ist der Graf Arthur v. d. Gröben von der früher auf Grund der Präsentation des Verbandes des alten und befestigten Grundbesitzes im preußischen Landschaftsbezirk Oberland (Mohrungen) durch Königliche Berufung ihm verliehenen lebenslänglichen Mitgliedschaft des Herrenhauses entbunden, und befohlen worden, daß in dem gedachten Landschaftsbezirk eine neue Präsentation veranlaßt werde.

— Nach der „Sp. Z." soll es im Werke sein, für sämmtliche Eisenbahnen im preußischen Staate eine General-Direktion zu errichten.

Frankfurt a. M., 26. Aug. Nach einer hier eingetroffenen telegraphischen Depesche ist der fürstl. Thurn- und Taxis'sche General-Postdirektor, Freiherr v. Dörnberg, heute früh in Regensburg verschieden. (Fr. Bl.)

Z **Gotha**, 26. August. In der gestrigen Stadtverordnetensitzung fand eine interessante Debatte statt. Wie bekannt, war der vor einiger Zeit in mehreren Blättern bereits erwähnte Antrag in dem hiesigen Stadtverordnetenkollegium gestellt worden, bei der Staatsregierung darauf hinzuwirken, daß dem Vorstande der erst vor wenigen Wochen errichteten katholischen Schule das Verbot insinuirt wurde, Kinder evangelischer Eltern in das neue Institut aufzunehmen. Dieser Antrag, der in einer früheren Sitzung nicht zur Erledigung gekommen war, stand gestern wieder auf der Tagesordnung und wurde vom Antragsteller durch Hindeutung auf die gerade in Sachsen und in den sächsischen Herzogthümern hervortretenden ultramontanen Bestrebungen motivirt, durch welche die Besorgniß vor einer auch hier bald erfolgenden Proselytenmacherei begründet erscheine. Bekämpft wurde dieser Antrag durch die Hinweisung auf die Gleichstellung der Konfessionen, welche durch unsere Partikulargesetzgebung und durch die Bundesversammlung ausgesprochen sei, und der Vorsitzende des Stadtraths erklärte ein solches Verbot als der Berechtigung der Eltern zuwiderlaufend, nach welcher es letzteren freistehe, ihre Kinder in derjenigen Konfession erziehen zu lassen, welche ihnen genehm sei. Wohl wurde der Antrag noch dadurch vertheidigt, daß gesetzliche Vorkehrungen gegen die Bekehrungen unmündiger Kinder gerechtfertigt erscheinen, es erklärte sich aber die Versammlung für den ins Mittel gelegten Antrag, die Sache vorläufig und bis auf weitere stadträthliche Mittheilung über den Stand der katholischen Schule auf sich beruhen zu lassen.

Rudolstadt, 23. August. Am 20. d. M. ging ein 25 Mann starkes Militär-Kommando von hier nach Oberweißbach ab. Ueber die Veranlassung erfährt die „Goth. Z." Folgendes: Bekanntlich wurde am 24. Mai d. J. ein Theil der Gebäude in Oberweißbach eingeäschert. Wegen Ankaufs eines neuen Gebäudes zur Ausübung der Gasthofsgerechtigkeit gerieth der Assessor von Holleben mit dem Gemeinderathe in Differenzen, und zur Ausgleichung derselben beraumte er eine Versammlung der Gemeinde auf den 20. dieses, Vormittags 11 Uhr an. Zur Vorberathung trat die Gemeinde schon um 9 Uhr Vormittags zusammen und war beim Eintreffen des Herrn von Holleben in Oberweißbach noch versammelt; er ging sofort mit einem Gensd'armen in die Versammlung. Dem Leiter derselben, Advokat Hopfe, welcher dem Hrn. v. Holleben die Beschlüsse der Gemeinde hatte mittheilen wollen, wurde nun, wie man erzählt, das Wort von Seite des Hrn. v. Holleben verboten und in Folge einer Aeußerung eines in der Gemeinde angesehenen Mannes, Hrn. Jahn, die Arretirung desselben dem Gensd'armen anbefohlen. Derselbe soll ruhig auf seinem Platze verblieben und in Folge dieses passiven Widerstandes die Verhaftung nicht ausführbar gewesen sein. Deshalb ist das Militär requirirt, Hr. Jahn verhaftet, jedoch nach einigen Stunden von der Staatsanwaltschaft wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Das Kommando ist gestern zurückgekehrt. Genaueres wird die Untersuchung ergeben.

= **Hamburg**, 26. August. Gegen die morgen zur Berathung und Entscheidung kommende Proposition auf Gehaltserhöhung für die juristischen Mitglieder des Senats rücken heute wieder in der Beilage zu den „Hamb. Nachr." neue Gegner ins Feld, unter denen sich der Advokat Dr. Trittan durch die Schärfe seines Tones auszeichnet. — Die Hamburg-Brasilianische Dampfschifffahrtsgesellschaft geht mit dem Plane um, eine Zweiglinie zwischen Rio de Janeiro und Buenos Ayres nebst Zwischenhäfen zu errichten. Nur immer rüstig vorwärts!

Oesterreichischer Kaiserstaat.

* **Wien**, 26. August. Der Kaiser wird heute seine Reise von Preßburg nach Balassa-Gyarmath und morgen nach Rima-Szembath fortsetzen. — Der Sektionsrath v. Löwenthal wird dieser Tage von Paris zurückerwartet. Wie die „Oesterreichische Ztg." bemerkt, haben die Verhandlungen desselben wegen Abschluß eines „österreichisch-französischen Postvertrags" zu dem gewünschten Resultate geführt, und demnächst die abgeschlossene Konvention nur noch der beiderseitigen Ratifikationen, um zur öffentlichen Kundmachung zu gelangen. Aehnliches wurde demselben Blatte bereits vor einiger Zeit aus Paris geschrieben, wogegen später in preußischen Blättern auf gewisse Anstände aufmerksam gemacht wurde, welche den Abschluß eines Vertrages zwischen dem deutsch-österreichischen Postverein und Frankreich noch verhinderten. Es geht aus der Mittheilung der „Oesterr. Ztg." nicht bestimmt hervor, ob der diesseitige Kontrahent der „abgeschlossenen Konvention" nur Oesterreich allein oder der deutsch-österreichische Postverein ist. Doch dürfen wir, da inzwischen ein Entgegenkommen Frankreichs in Betreff der preußischen Forderung stattgefunden, wohl trotz des Ausdrucks „österreichisch-französischer Postvertrag" das Letztere annehmen. — Der bisherige türkische Gesandte am preußischen Hofe, Kemel Effendi, ist auf der Reise von Berlin nach Konstantinopel hier durchgekommen. — Durch Finanzministerialerlaß ist die an den Zollvereinsgrenzen stationirte Finanzwachmannschaft angewiesen den Zollvereinsbeamten, namentlich den Oberinspektoren und Oberkontrolleuren, dieselben Ehrenbezeugungen wie den betreffenden diesseitigen Beamten zu erweisen. — Die „Wiener Z." meldet: Eine hiesige Firma hat das Problem gelöst, auf einem und demselben Stoffe und demselben Webestuhle nach beiden Seiten hin größere figurale Darstellungen in mehreren Farben so zu weben, daß auf jeder Seite zwei verschiedene Darstellungen, die sich nicht decken, zum Vorschein kommen. Auf speciellen Wunsch des Kaisers wird diese Vervollkommnung der Weberei in der Weise praktisch zur Anwendung kommen, daß jetzt sämmtliche Fahnen und Standarten der kaiserlichen Armee nach und nach, wie der Bedarf fühlbar wird, in dieser neuen Technik ausgeführt werden sollen und zwar sollen zwei solche Heerbanner von verschiedener Größe zur Ausführung gebracht werden; nämlich kleinere Fahnen als Standarten für jede Division der Kavallerie, wie dieselben, auf beiden Seiten mit den Doppeladlern Oesterreichs geschmückt, seit Jahren in der kaiserlichen Armee in Gebrauch sind, und ein größeres Banner zum Vortragen bei den ersten Bataillons jedes Infanterie-Regiments. Auf dieser größeren Fahne soll prangen auf seidenem weißen Grunde das ziemlich große Standbild der unbefleckten Empfängniß, stehend auf der Weltkugel, die Schlange unter dem Fuße und 12 Sterne über dem Haupte. — Die Volkszählung wird im November d. J. in allen Kronländern beginnen. — Wie der „Allg. Ztg." aus Bozen geschrieben wird, ist die Entdeckung eines Mitschuldigen an der neulichen Beraubung des Postwagens bei Verona gelungen, und haben dessen Aussagen zur Verhaftung von noch fünf seiner Genossen geführt. Dieselben sind, so viel bis jetzt bekannt geworden, sämmtlich Bedienstete in Handlungs- und Bankierhäusern von Verona, in welcher Eigenschaft es ihnen leicht war die Tage größerer Geldsendungen zu erfahren. Aus ihrem Stand erklärt sich auch das gentile Benehmen der Verbrecher. Die Summe welche bei dem letzten Anfall ihnen zur Beute geworden, beläuft sich auf etwas mehr als 38,000 fl. C.-M.

Frankreich.

≏ **Paris**, 25. August. Die Tage folgen sich, gleichen sich aber nicht. Gestern Gewitter, heute Sonnenschein. Es sind heute an amtlicher Stelle zwei telegraphische Depeschen angelangt. Die erste meldete, daß die Pforte auf dem Punkte stehe, eine den Wünschen der sechs Mächte entsprechende Entscheidung zu treffen. Die zweite spät am Nachmittag eingelaufene Depesche meldet, daß die Entscheidung wirklich getroffen ist, nämlich daß die moldauischen Wahlen annullirt sind, daß die Wahllisten revidirt werden, und daß die neuen Wahlen in spätestens 14 Tagen stattfinden sollen. Es wird nicht gesagt, unter welchen Umständen dieser Beschluß gefaßt worden ist, und welches die Ursachen sind, welche denselben so lange hingezogen haben. — Die Zusammenkunft der beiden Kaiser von Frankreich und Rußland, die gestern schon als Gerücht mit neuer Lebhaftigkeit auftrat, wird heute als eine ausgemachte Sache betrachtet; man glaubt, daß dieselbe Mitte September und zwar in einer deutschen Stadt stattfinden werde; Andere sprechen sogar schon von einem Besuch des russischen Kaisers im Lager von Chalons! — Wie wenig die französische ministerielle Presse das Prinzip der Solidarität hinsichtlich der auswärtigen Politik der vier unionistischen Mächte anerkennt, das zeigt wieder einmal schlagend der gestrige Artikel des „Pays" über die holsteinische Angelegenheit. Obschon doch Preußen der Vertreter des holsteinischen Rechts ist, so genirt sich das „Pays" durchaus nicht (wie gestern mitgetheilt), gegen Preußen und die deutschen Mächte loszuziehen und ihnen mit einem europäischen Kongresse zu drohen!

⚔ **Paris**, 25. August. Nach einer heute in Paris eingetroffenen Depesche — meldet das halbamtliche „Pays" — sind die Wahlen in der Moldau vernichtet. Die Wahllisten werden revidirt und in 14 Tagen werden neue Wahlen stattfinden. Der Korrespondent der „Indep. Belge" schreibt darüber Folgendes: „Die Angelegenheit der Fürstenthümer ist heute um einen großen Schritt weiter gerückt. Diesen Morgen fand ein neuer Ministerrath statt, an dessen Schlusse der Kaiser, wie man sagt, wichtige Mittheilungen für einen nächsten noch diesen Abend acht Uhr abzuhaltenden Ministerrath ankündigte. Die Lösung soll auf folgende Weise erlangt und vor sich gegangen sein. Der Sultan — wie dies auf telegraphischem Wege bestätigt worden ist — hatte sich bereit erklärt, mit den sechs Mächten über die zu Osborne verabredeten Grundlagen bezüglich der Nichtigkeitserklärung der moldauischen Wahlen in Konferenz zu treten. Dazu mußten nun alle sechs Mächte vertreten sein, Lord Stratford de Redcliffe indeß verweigerte an der zwischen den sechs Mächten zu Stande gekommenen Vereinbarung Theil zu nehmen. Derselbe hatte, wie man versichert, um seine Enthaltung gleichsam zur Schau zu tragen, sogar Konstantinopel verlassen und machte auf seiner Korvette „Coquette" Lustfahrten im Bosporus. Auch Herr v. Protesch, in diese Politik der Unthätigkeit mit hineingerissen, zeigte ebenso wenig Neigung an der diplomatischen Diskussion Theil zu nehmen. Eine solche Lage konnte begreiflicherweise nicht länger dauern, und so ließ sich wohl annehmen, daß der Kaiser sofort nach seiner vielleicht durch die Umstände motivirten plötzlichen Rückkehr sich im gestrigen Ministerrath ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen würde. Ein energischer Entschluß scheint in der That in demselben gefaßt und eine Aufforderung direkt an die hohe Pforte gerichtet worden zu sein. Wie man bestimmt versichert, wurde zugleich dem hiesigen Gesandten der Pforte Djemil-Bey angezeigt, daß er seine Pässe morgen (Mittwoch) eingehändigt bekommen werde, falls die Pforte den vereinigten Mächten nicht sofort die gewünschte Genugthuung gebe. Dieses wirkte. Die Genugthuung ist in der That gekommen und die diesseitige Regierung kategorisch unterrichtet worden, daß die hohe Pforte den Entschluß gefaßt, die Wahlen auch ohne vorläufige Konferenz für nichtig zu erklären.

Der „Constitutionnel" bringt heute wieder Nachrichten aus Jassy und Bucharest, wonach in der Moldau große Aufregung in Folge der dort Statt gehabten Wahlen herrschen soll. Was die Lage der Dinge in der Walachei betrifft, so behauptet das halbamtliche Blatt, daß man dort sehr zufrieden mit den Wahllisten sei, die auf sehr unparteiische Weise angefertigt worden seien. Es fügt hinzu, daß man sicher sei, die Majorität für die Union zu erhalten. Vor drei Tagen ließ sich das nämliche Blatt schreiben, daß der Hospodar der Walachei, ermuthigt durch die Erfolge seines Kollegen Bogorides, ähnliche Wahllisten wie dieser aufgestellt habe. Man kann daraus ersehen, welchen Werth die Mittheilungen der halboffiziellen Blätter haben, die zur Hälfte erlogen sind. Sie veröffentlichen alles, was ihnen vom hiesigen Ministerium des Aeußern zugeht, ohne auch nur zu wagen, die ihnen zugegangenen Mittheilungen zu prüfen.

Der „Moniteur" bestätigt heute, daß der Kaiser gegen Ende der Woche nach dem Lager bei Chalons abgehen und den ganzen September dort bleiben wird, „um die großen Manöver zu leiten, an denen daselbst die zwei Infanterie-Divisionen, so wie die Kavallerie-Divisionen der Kaisergarde Theil nehmen sollen." Heute jagte der Kaiser im Forste von St. Germain.

Durch Uebereinkunft zwischen der russischen und der französischen Regierung ist der 14. September als der Tag anberaumt worden, wo der zwischen Rußland und Frankreich abgeschlossene Handelsvertrag in beiden Ländern gleichzeitig in Ausführung gebracht wird. Marschall Randon hat bei Gelegenheit eines Baukettes, das am 15. August in Algier stattfand, folgenden Toast ausgebracht:

Während reichliche Ernten auf den Märkten der Hauptstadt erscheinen, hat die afrikanische Armee eine schöne Seite in ihre militärische Geschichte eingeschrieben. Die Eroberung von Kabylien ist nicht allein ein Ruhm für die Armee, sondern sie bezeichnet auch einen großen Fortschritt für die Kolonisation, die Raum, Arme und Sicherheit absolut hat. Das Werk geht voran, meine Herren, das Eigenthum befestigt sich, unsere Handels-Beziehungen dehnen sich jährlich mehr und mehr aus, unser Ackerbau vervollkommnet sich, die Industrie sucht sich zu entwickeln; es ist klar und deutlich, daß unsere junge Kolonie ein männliches Aufsehen annimmt. Es bleibt uns indessen ein Wunsch, den wir aussprechen müssen, ein Wunsch, der, von Jahr zu Jahr erneuert, bedeutsamer, inniger wird: es ist der Wunsch, den Kaiser auf unseren Ufern zu sehen, ihn zum Richter über die Bemühungen zu machen, denen wir uns, Jeder nach seinen Kräften, für das Wohl der Kolonie überlassen, und aus dem Munde Sr. Majestät seine beifälligen Worte zu vernehmen, die das Glück, recht gehandelt zu haben, vervielfältigen. Dieser Tag wird kommen, wir wagen es zu hoffen, und dann, wie heute, werden wir unsere Stimmen in den patriotischen Akklamationen vereinen: „Es lebe der Kaiser! Es lebe die Kaiserin! Es lebe der kaiserliche Prinz!"

Man muß nicht vergessen, daß der Marschall Randon sich der Hoffnung hingegeben hatte, am 15 August Herzog von Kabylien zu werden. — Prinz Napoleon wird nach der Grundsteinlegung in Culoz, so erzählt man sich hier, den König von Sardinien nach Turin zurück begleiten. Er sei bereits eingetroffen, und in der Hauptstadt Sardiniens würden schon Vorbereitungen zu seinem Empfange gemacht. — Herr Berdier-Latour, Geh. Kanzler zu Berlin, ist zum französischen Konsul in Riga und Herr Hauffmann Legat. Kanzler zu Hannover zum Konsul in Moskau ernannt.

Lerminier, Professor am College de France, ist gestorben. Lerminier beschäftigte sich besonders viel mit deutscher Literatur. Nach der Juli-Revolution war derselbe ein eifriger Republikaner und griff in dem Journal „Le Bon Sens" Louis Philipp aufs heftigste an. Später wurde er aus Gründen, die immer in ein gewisses Dunkel gehüllt waren, ein eifriger Orleanist, Professor am College de France und Mitglied des Staatsraths. Im Quartier Latin war er damals wenig beliebt, und er wurde häufig von den Studenten verhöhnt. Nach dem Falle Louis Philipps theilte Lerminier Guizot's Schicksal, d. h. er wurde Fusionist und schrieb in den letzten Jahren für die „Assemblee Nationale." Vorlesungen hielt Lerminier in den letzten zehn Jahren nicht mehr; man hatte ihm, wie dieses Mode ist, einen Stellvertreter am College de France gegeben. Lerminier gehörte übrigens zu den wenigen Männern Frankreichs, die in jeder Beziehung gebildet und unterrichtet waren. Er kannte die fremde, besonders die deutsche Philosophie sehr genau. — Der „Moniteur" zeigt heute die (durch Dekret vom 10. Juni) erfolgte Verleihung des Großkreuzes der Ehrenlegion an Baron Alex. v. Humboldt an. — Für den Kardinal Erzbischof von Paris, welcher neuerdings zum Groß-Almosenier ernannt wurde, wird dem gesetzgebenden Körper die Bewilligung eines besonderen Gehaltes vorgeschlagen werden. Dem Vernehmen nach soll Kardinal Morlot als Erzbischof und Groß-Almosenier 100,000 Fr. Jahresgehalt beziehen, ungerechnet die 30,000 Fr., welche er als Senator bezieht. — Das Budget der Stadt Paris pro 1856 beträgt nicht weniger als 72,109,652 Fr. 15 C. Von 1853 bis 1857 hat die Stadt für außerordentliche Arbeiten verausgabt: Bau- (Architektur-) Arbeiten 22,703,203 Fr.; öffentliche Arbeiten im engeren Sinne: 24,361,831 Fr.; Wasserbau-Arbeiten: 6,726,895 Fr.; Verbesserung von Straßen und Chausseen 33,385,951 Fr. Im Ganzen 87,177,882 Fr.

Der „Moniteur" theilt ausführlich einen gestern von Guerin-Meneville in der Akademie der Wissenschaften erstatteten Bericht über die Heilung der Wasserscheu durch einen goldglänzenden grünen Käfer (Cetoine) mit, welcher wie die spanische Fliege pulverisirt wird. Der Vortragende stellte den Antrag, daß die Akademie eine Kommission ernennen möge, welche diesen wichtigen Gegenstand näher untersuchen solle, und setzte hinzu, daß er den Chemikern Berthelot und de Luca Cetoinen-Pulver zugestellt habe, damit dieselben untersuchen möchten, ob dieser Käfer eine besondere, dem Cantharidin ähnliche Substanz enthalte, die man dann Cetonin nennen könne.

Großbritannien.

Parlamentsverhandlungen vom 24. August. Im Oberhause erwiedert Lord Panmure auf eine Anfrage von Earl Ellenborough, die Regierung habe seit der zuletzt veröffentlichten Depesche keine neuen Berichte aus Indien erhalten. Auf eine längere Auseinandersetzung Lord Ellenborough's betreffs des Kostenverhältnisses zwischen der Einkleidung eines Theiles der Miliz und der nach Indien gesandten Truppen eingehend, giebt Lord Panmure zu, daß in Folge der Truppensendungen (deren Transport und Unterhalt, wie früher wiederholt bemerkt wurde, von der ostindischen Kompagnie bestritten werden müßten) dem Kriegsministerium ein namhafter Geldüberschuß bleibe (nach Lord Ellenborough's Berechnung 529,000 £). Dieser Ueberschuß werde theils zur Einkleidung der Miliz, theils zur Anwerbung neuer Truppen verwendet werden, und die Regierung in den Stand gesetzt sein, das Heer entsprechend zu vermehren, ohne das Parlament um weitere Geldbewilligungen anzugehen. In den letzten 3 Wochen seien 1500 Rekruten angeworben worden, und je näher der Herbst heranrücke, desto bessere Fortschritte werde sicherlich die Rekrutirung machen. — An der Tagesordnung ist die Diskussion über die Ehescheidungs-Bill, und Lord Redesdale motivirt seinen angekündigten Antrag auf Verwerfung derselben, indem er nachzuweisen bemüht ist, daß die ursprünglich von den Lords angegangene Bill durch die Amendements des Unterhauses einen wesentlich veränderten Charakter angenommen habe. Dagegen bemerkt der Lordkanzler, es sei dies kein Grund zur absoluten Verwerfung der Bill, wohl aber zur Diskutirung der neuen Amendements des Unterhauses. Lord St. Leonards gesteht die Richtigkeit dieser Bemerkung zu, und doch, meint er, bleibe dem Oberhause am Schlusse der Session keine andere Wahl übrig, als die Bill, wie sie liege, anzunehmen oder zu verwerfen. Die Lords Granville und Campbell im Bunde mit dem Herzog von Argyll bekämpfen diese Auffassung, und bei der darauf folgenden